

Antrag Ausschuss öffentliche Sicherheit am 16. November 2021

Wichtige Maßnahmen für den Katastrophenschutz in der Seestadt Bremerhaven

Die Koalition von SPD, CDU und FDP in der Stadtverordnetenversammlung setzt sich für den Ausbau von weiteren dringenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei Großschadenslagen und im Katastrophenfall ein. Neue und sich verändernde Schadensereignisse – wie extreme Naturereignisse, Terroranschläge, Probleme aus der sogenannten kritischen Infrastruktur oder Cyber-Attacken auf wichtige Kommunikationsinfrastrukturen - sind Herausforderungen, denen sich Bremerhaven zu stellen hat.

Bremerhaven muss massiv reagieren, Planungen, Vorbereitungen, Schulungen, Personalverstärkungen müssen deutlich vorangetrieben und die finanzielle Beteiligung des Landes eingefordert werden.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt:

Der Magistrat wird aufgefordert:

- Sensibilisierung der Dezernate, Verdeutlichung der Verantwortung, gemeinsamer Ausbildungstermin für Schulungen der Führungskräfte,
- Durch einen Magistratsbeschluss muss eine wiederholte Bestätigung der Dezernats-Verantwortlichkeiten für die jeweiligen Aufgaben, wie zum Beispiel Unterbringungen und Versorgung der evakuierten Bevölkerung, Einsatz von schwerem Räumungsgeräten und ebenfalls für neue Aufgabenfelder in den Bereichen der IT und der kritischen Infrastruktur festgelegt und dringend evaluiert werden.
- Aufbau einer geeigneten Risiko- und Krisenkommunikation (social Media, Twitter...), sowie Schaffung von weiteren Personalressourcen im Katastrophenschutz
- Finanzielle Ressourcenerweiterung im Katastrophenschutz ist zuständigkeitshalber vom Land Bremen sicherzustellen (Beispiele Warnung der Bevölkerung, Modernisierung Stabsräumlichkeiten, Sensibilisierung der Bevölkerung)
- Verantwortung des Landes für den Katastrophenschutz insbesondere bei deren Finanzierung politisch herausstellen
- Technische Bestände ermitteln - was, wieviel und wo?
- Aktuelle Zeitfenster überprüfen, anpassen und schnellere Umsetzung erreichen

- In dieses Konzept sollen die Erfahrungen und Konzepte anderer Katastrophenschutzbehörden enthalten sein, wie auch die zu erwarteten Kosten.
- Beim Aufbau der weiteren Maßnahmen sind konsequent alle Förderprogramme des Bundes (BBK) sowie die finanziellen Unterstützungen des Landes Bremen zu fordern und zu berücksichtigen. Wir erwarten einen ersten Zwischenbericht in der 1. Sitzung des Ausschusses Öffentliche Sicherheit 2022.
- Überprüfung auf Verbesserungsbedarf für die vorhandene Katastrophenplanung durch die Initiierung einer Kommission „Katastrophenvorsorge Bremerhaven“ unter Führung der Feuerwehr Bremerhaven, bestehend aus Vertretern der erforderlichen Institutionen, wie zum Beispiel: Magistrat, Deichbeirat, THW und weiteren relevanten Kräften.
- Schaffung von lokalen Katastrophenschutzbedarfspläne, analog der bekannten Brandschutzbedarfspläne für die Feuerwehr.

Begründung:

Das Land Bremen ist für den Katastrophenschutz zuständig! Bremen hat keine landeseigenen operativen Kräfte, auch findet bis heute keine Landesfinanzierung statt. Die beiden Stadtgemeinden sind auf Ihre eigenen Kräfte angewiesen, was umgehend geändert werden muss! Andere Bundesländer haben eigene Risikoanalysen, eigene Katastrophenschutzplanungen und eigene finanzielle Mittel für Investitionen. Das muss ebenfalls das Ziel unserer beiden Stadtgemeinden sein.

Zwingende Aufgabe des Katastrophenschutzes ist die Entwicklung effektiver Monitoringsysteme, die Vorhersage von Kaskadeneffekten (Beispiel: was passiert bei einem Stromausfall in Geestemünde über 12-24 Stunden), der Aufbau zeitgemäßer Lehr- und Lernmethoden für Einsatzkräfte und Bevölkerung, die Vorplanung des Risikomanagements und der Aufbau einer Risiko- und Krisenkommunikation.

SPD-Fraktion

*Martina Kirschstein-Klingner
Jörn Hoffmann*

CDU-Fraktion

Thorsten Raschen

FDP Fraktion

Bernd Freemann